



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/01/denying-covid19-vaccines-to-palestinians-exposes-israels-institutionalized-discrimination/>

## PRESSEMITTEILUNG

06. Januar 2021, 00:00 UTC

### ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: **Verweigerung von COVID-19-Impfstoffen für Palästinenser\_innen bringt Israels institutionalisierte Diskriminierung ans Tageslicht**

Wie Amnesty International am heutigen 6. Januar 2021 erklärte, darf die israelische Regierung ihre internationalen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nicht weiter ignorieren und muss unverzüglich dafür Sorge tragen, dass COVID-19-Impfstoffe gleichmäßig und fair an Palästinenser\_innen verteilt werden, die unter seiner Besatzung im Westjordanland und im Gazastreifen leben.

Am 23. Dezember 2020 begann das israelische Gesundheitsministerium mit der Verteilung von COVID-19-Impfstoffen. Als dann mehr als ein Zehntel seiner Bevölkerung bereits eine Erstimpfung erhalten hatte, wurde Israel als das Land gelobt, das gemessen an seiner Bevölkerungsgröße bis heute die größte Abdeckung von Impfungen erreicht hat. Der COVID-19-Impfstoff-Verteilungsplan bezieht sich allerdings nur auf israelische Staatsbürger einschließlich der israelischen Siedler, die innerhalb des besetzten Westjordanlandes wohnen, sowie auf die palästinensischen Einwohner der Stadt Jerusalem. Die fast fünf Millionen Palästinenser, die in der Westbank und im Gazastreifen unter israelischer Militärbesatzung stehen, sind davon ausgeschlossen.

*„Israels COVID-19-Impfprogramm hebt die institutionalisierte Diskriminierung hervor, durch die die Politik der israelischen Regierung gegenüber Palästinenser\_innen definiert ist. Während Israel eine Rekordserie an Impfungen seiner Bürger\_innen feiert, werden Millionen von Palästinenser\_innen, die unter israelischer Kontrolle im Westjordanland und im Gazastreifen leben, keinerlei Impfstoff erhalten oder sehr viel länger darauf warten müssen – es könnte kaum eine deutlichere Demonstration dafür geben, wie israelische Leben höher bewertet werden als palästinensische,“* sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Regionalleiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

*„Um ihren Verpflichtungen aus dem internationalen Völkerrecht zu entsprechen, müssen die israelischen Behörden sicherstellen, dass für die Palästinenser\_innen, die unter ihrer Kontrolle leben, in gleichem Maße Impfstoffe bereitgestellt werden. Sie müssen außerdem für eine reibungslose Einfuhr von Impfstoffen und anderen medizinischen Bedarfsartikeln in die besetzten palästinensischen Gebiete sorgen, auch indem alle notwendigen logistischen Vorbereitungen getroffen werden, um die Sicherheit und Wirksamkeit dieser Impfstoffe zu gewährleisten.“*

Das israelische Gesundheitsministerium hat bisher weder eine öffentliche Verteilungsstrategie formuliert, die eine Reservierung bestimmter Mengen von Impfdosen für Palästinenser\_innen in den OPT beinhaltet, noch wurde ein Zeitplan für die Ausgabe dieser Impfstoffe an palästinensische Gesundheitsbehörden erarbeitet.

Im Verlauf der mehr als ein halbes Jahrhundert anhaltenden Besatzung und Durchsetzung eines Systems der institutionalisierten Diskriminierung in den besetzten palästinensischen Gebieten mit Ostjerusalem hat Israel Palästinenser\_innen ihrer grundlegenden Rechte beraubt und überaus zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen. Israel muss seine diskriminierenden Politikstrategien beenden und alle Barrieren abbauen, die Palästinenser\_innen am Zugang zu oder an der Inanspruchnahme von gesundheitlichen Versorgungsdiensten behindern könnten.

Zu Israels Verpflichtungen aus dem Internationalen Humanitären Völkerrecht zählt gemäß Artikel 56 der Vierten Genfer Konvention auch die Pflicht, *„die Einrichtungen und Dienstleistungen medizinischer Stellen und Krankenhäuser, die öffentliche Gesundheitsversorgung und Hygiene in dem besetzten Gebiet sicherzustellen und aufrechtzuerhalten – mit einem besonderen Augenmerk auf die Anpassung und Anwendung der notwendigen prophylaktischen und präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung und Verbreitung übertragbarer Krankheiten und Epidemien“*.

Mit Stand vom 3. Januar 2021 sind laut der [Weltgesundheitsorganisation \(WHO / World Health Organisation\)](#) bisher 159.034 Palästinenser\_innen in den besetzten palästinensischen Gebieten mit Ostjerusalem positiv auf das Coronavirus getestet worden, seit im März 2020 über den ersten bestätigten Fall berichtet wurde. Unter den Palästinenser\_innen in den OPT hat es in Zusammenhang mit dem COVID-19-Virus seit Beginn der Pandemie fast 1.600 Todesfälle gegeben.

Weil die palästinensischen Behörden im Westjordanland und die faktisch regierende Hamas-Verwaltung im Gazastreifen nicht in der Lage sind, die Kosten für Impfstoffe und deren Verteilung an die palästinensische Bevölkerung unabhängig aufzubringen, hängen sie von globalen Kooperationsmechanismen wie COVAX ab, die gerade erst mit der Auslieferung von Impfstoffen begonnen haben. Hier muss der Staat Israel volle finanzielle Unterstützung leisten um sicherzustellen, dass diese Impfstoffe unverzüglich und ohne Diskriminierung an die palästinensische Bevölkerung ausgegeben werden. Um angesichts der COVID-19-Pandemie ein ordentliches Funktionieren des Gesundheitssystems im Gazastreifen zu ermöglichen, muss Israel auch die Blockade des Gazastreifens aufheben, weil dieses nach einem halben Jahrhundert unter israelischer Besatzung und nach über zehn Jahren israelischer Blockade schon jetzt nicht in der Lage ist, die gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu versorgen. Die COVID-19-Pandemie und das Fehlen eines gleichberechtigten und fairen Zugangs zu den Impfstoffen haben die Diskriminierung und Ungleichbehandlung, denen die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist, nur noch weiter vergrößert.

*„Die israelische Regierung muss ihren Pflichten als Besatzungsmacht aus dem Internationalen Humanitären Völkerrecht und den Internationalen Menschenrechtsabkommen entsprechen, um der Bevölkerung in den OPT die bestmöglichen Standards an körperlicher und mentaler gesundheitlicher Versorgung ohne Diskriminierung zur Verfügung zu stellen,“* sagte Saleh Higazi.

*„Um zu gewährleisten, dass nationale Impfstrategien niemanden ausschließen oder diskriminieren, müssen die Belange marginalisierter Gruppen an vorderster Stelle aller Entscheidungsprozesse stehen. Vorhandenen Ungleichheiten muss vonseiten aller Staaten wirksam entgegengetreten werden, um zu gewährleisten, dass jedermann Zugang zu Impfstoffen hat.“*

Am 22. Dezember 2020 gaben zehn Menschenrechts- und Gesundheitsorganisationen eine [gemeinsame Erklärung](#) heraus, in der sie den Staat Israel dazu aufforderten sicherzustellen, dass seine Impfkampagnen auch die unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser\_innen umfasst.

Anfang Dezember 2020 vereinbarte Israel mit dem Pharmakonzern Pfizer die Lieferung von acht Millionen Dosen des kurz vorher zugelassenen COVID-10-Impfstoffs – genug um nahezu die Hälfte seiner fast neun Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung zu impfen, da jede Person zwei Impfdosen benötigt. Auch mit [Moderna](#) verständigte sich Israel auf den Kauf von sechs Millionen Impfdosen, genug für weitere drei Millionen Israelis

Während das Rennen um die Verteilung von COVID-19-Impfstoffen an Fahrt gewinnt, ruft Amnesty International die Staaten und Unternehmen auf, dafür Sorge zu tragen, dass niemandem der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung einschließlich Impfstoffen vorenthalten wird, egal, wo diese Personen leben, wer sie sind oder welches Einkommen sie erzielen.

## **HINTERGRUND**

In den 256 Siedlungen und Außenposten, die über die besetzte Westbank mit Ostjerusalem verteilt liegen, wohnen ungefähr 600.000 israelische Siedler. Nach dem Internationalen Völkerrecht sind diese israelischen Siedlungen illegal.

Am 3. Januar 2021 erklärte das israelische Gesundheitsministerium, dass in Israel bisher [435.866](#) Personen positiv auf das Coronavirus getestet worden seien, seitdem im Januar 2020 über den ersten bestätigten Fall berichtet wurde. In Israel seien fast 4.300 Menschen gestorben, so das Ministerium.

Medienberichte deuten darauf hin, dass Anfang des Monats Dezember 2020 eine erste Charge von [313.000](#) COVID-19-Impfdosen in Israel eingetroffen war und das Land bis zum Ende des Monats Dezember ein weitere Lieferung von 3,8 Millionen zusätzlichen Dosen erwartete.

Gemäß den Interim-Friedensvereinbarungen, die in den 1990er-Jahren mit Israel erreicht werden konnten, verfügen die palästinensischen Behörden in Teilen des besetzten Westjordanlandes über eine nominale und begrenzte Handlungshoheit. Im Zuge des Krieges von 1967 hatte Israel das Westjordanland mit Ostjerusalem und den Gazastreifen eingenommen.

Die palästinensischen Behörden hoffen, Impfstoffe für Palästinenser\_innen in Westbank und Gazastreifen über COVAX beschaffen zu können. COVAX ist eine WHO-geführte Partnerschaft humanitärer Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis zu 20% der Bevölkerung ihrer Teilnehmerländer, von denen viele besonders hart durch die COVID-19-Pandemie getroffen wurden, mit Impfstoffen zu versorgen.